

Inklusive erweiterter
eBook-Ausgabe



WESTEND

Frieden! Jetzt! Überall!

Ein Aufruf

Mit Texten von:

**Peter Brandt · Reiner Braun · Michael Müller (Hrsg.)
Katarina Barley · Frank Bsirske · Sigmar Gabriel · Michail
Gorbatschow · Matthias Platzeck · Horst Teltschik · Jürgen
Trittin · Sahra Wagenknecht · Ernst Ulrich v. Weizsäcker u.v.m.**

W E S T E N D

Peter Brandt
Reiner Braun
Michael Müller (Hrsg.)

Frieden! Jetzt! Überall!

Ein Aufruf

»Ich möchte, dass wir von diesem Wahnsinn
des Wettrüstens wegkommen.«
(Willy Brandt)

WESTEND

Mehr über unsere Autoren und Bücher:
www.westendverlag.de

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Ihren persönlichen Download-Code zum erweiterten E-Book finden Sie auf der Innenseite des Umschlags am Buchende.



ISBN 978-3-86489-249-3

© Westend Verlag GmbH, Frankfurt/Main 2019

Umschlaggestaltung: © Jasmin Zitter, ZitterCraft, Mannheim

Satz: Publikations Atelier, Dreieich

Druck und Bindung: CPI – Clausen & Bosse, Leck

Printed in Germany

Inhalt

TEIL I: FÜR EINE NEUE ENTSPANNUNGSPOLITIK

Reiner Braun, Peter Brandt, Michael Müller: Zwei Aufrufe zur Friedenspolitik	10
Einleitung der Herausgeber: Das Jahrhundert der Extreme	35
Gerd Krumeich: Was ist zu lernen aus der Urkatastrophe? Friedens- und Entspannungspolitik	37 42
Peter Brandt: Zur Genese der Entspannungspolitik	44
Gunter Hofmann: Der Friedenskanzler Willy Brandt	53
Wolfgang Biermann: Die zweite Phase der Entspannungspolitik	64
Ausblick auf das globale Jahrhundert	66
Perspektiven der Friedenspolitik	68
Eine Aktion von Jugendlichen mit Künstlern: 170 Europakreuze	73

TEIL II: FELDER DER FRIEDENSPOLITIK

I. ALTE UND NEUE KRIEGSGEFAHREN

Katrina van den Heuvel: Wir brauchen eine Debatte über Sicherheits- und Außenpolitik	80
Guy Féaux de la Croix: Kriegsursachen: Verteidigungswahn und andere Lügen	84
Jürgen Voges: Europas egoistischer Hegemon	91

Rolf Mützenich: Rettet den Multilateralismus! Plädoyer für eine regelbasierte Weltordnung	96
Jürgen Scheffran: Umweltkonflikte, Klimawandel und Sicherheit im Anthropozän	103
Hubert Weiger: Nachhaltigkeit: Schlüssel zum Frieden	108
Ernst Ulrich von Weizsäcker: Existenzbedrohende Risiken als Thema der Friedensforschung	113
 II. ABRÜSTUNG JETZT!	
Daniel Ellsberg: Doomsday Machine	118
Weltuntergangsuhr in Washington	121
Reiner Braun: Abrüsten statt Aufrüsten	124
Willi van Ooyen: Aufrüsten: nein!	128
Wolfgang Biermann, Burkhard Zimmermann: Neue Entspannungspolitik jetzt! DÉTENTE NOW! Политика разрядки, немедленно!	132
Frank Bsirske: Besser Leben ohne Aufrüstung	137
Wiltrud Rösch-Metzler: Mehr für das Militär? Nicht mit uns!	141
Heinz-Günther Stobbe: Abrüstung jetzt! Die römisch-katholische Perspektive	147
Alexander S. Neu, Claudia Haydt: Teure und gefährliche Großmachtträume	152
Sahra Wagenknecht: Würde statt Waffen	157
Wolfgang Biermann: Rüstungskontrolle verhindert Krieg!	162
Uwe Hixsch: Widerstand ist notwendig	168
 III. DIE KRISE UM DEN INF-VERTRAG	
Michail Gorbatschow: Rettet den Inf-Vertrag! Es gibt keine Gewinner	172

Wolfgang Biermann: Lektion verstanden?	178
Alexej Arbatov: Gefahren aus dem Ende von INF	179
IV. ENTSPANNUNGSPOLITIK JETZT!	
Heidemarie Wieczorek-Zeul: Wir waren schon weiter!	185
Eberhard Martin Pausch: Wandel durch Annäherung	190
Sigmar Gabriel: Wer das atomare Wettrüsten stoppen will, muss Europa stärken	195
Ruprecht Polenz: Unser Frieden im Zangengriff von Rechtspopulisten	203
Horst Teltschik: Entspannung jetzt!	209
Jürgen Trittin: Zur Ordnung der Unordnung: Plädoyer für eine wertebasierte Realpolitik	213
Klaus Dörre: Globalisierung und Gerechtigkeit – Plädoyer für eine geerdete Entspannungspolitik	221
Kai Niebert: Energiewende als Friedensprojekt	229
Jörg Sommer: Eine neue Weltordnung braucht eine neue Entspannungspolitik	237
V. FRIEDENSPROJEKT EUROPA	
Katarina Barley: Frieden ist mehr als die Abwesenheit vom Krieg	245
Toni Hofreiter: Europa – die Antwort auf Krieg	250
Kathrin Vogler: Friedensmacht am Ende? Das uneingelöste Versprechen einfordern!	256
Reiner Hoffmann: Friedensprojekt Europa	261
Martina Fischer: Die Union weiterentwickeln	268
Ulrich Frey: Frieden aus ökumenischer Sicht	275
Götz Neuneck: Die Sache darf nicht zur Ruhe kommen	279

Stephan Hebel: Europa braucht die Wende zum gesellschaftlichen Frieden	284
VI. PARTNERSCHAFT MIT RUSSLAND	289
Gernot Erler: Eine Frage des Vertrauens	289
Matthias Platzeck: Blick zurück nach vorn	294
Hans-Jürgen Misselwitz: Friedensordnung, wie?	298
Wolfgang Schwarz: Gemeinsame Sicherheit mit Russland: Kern einer europäischen Friedensordnung	303
Albrecht von Lucke: Hoch die internationale Solidarität Oder: Mehr Weltinnenpolitik wagen!	307
Marcus Bensmann: Entspannungspolitik darf nicht Unterwerfung sein	312
Daniela Dahn: Von Metus Punicus zu Metus Putinus: Mediales Abrüsten als Vorbedingung für reales	318
Herausgeber / Autoren	324
Anmerkungen	327

TEIL I:
FÜR EINE NEUE
ENTSPANNUNGSPOLITIK

ZWEI AUFRUFE ZUR FRIEDENSPOLITIK

Reiner Braun, Peter Brandt, Michael Müller

Wir melden uns zu Wort

Wenn es um den Frieden geht, hat jeder das Recht, mitzureden. Wir melden uns zu Wort, weil wir den Frieden bedroht sehen. Unsere Einmischung ist auch die Aufforderung zu einem anderen Denken und Handeln. Wir bezweifeln nicht die Zuständigkeit politisch legitimierter Gremien. Die alleinige Kompetenz indes, für den Frieden tätig zu sein, haben sie nicht. In der Demokratie gibt es kein Monopol auf politische Willensbildung. Im Gegenteil: Die Demokratie braucht eine starke Zivilgesellschaft.

Bei dem Kulturphilosoph Antonio Gramsci heißt es: »Alles hat ein Innen und ein Außen, die Macht der Herrschenden ist immer auch die Ohnmacht der Beherrschten.«¹ In der Demokratie sind wir nicht ohnmächtig, auch nicht in der internationalen Ordnung, zumal wir in der schnell zusammenwachsenden Welt auf Gegenseitigkeit angewiesen sind. Dass es zwischen der inneren Verfassung einer Gesellschaft und den regulativen Prinzipien, die sie der Welt vorschlägt, eine gewisse Übereinstimmung geben müsse, machte Georg Friedrich Wilhelm Hegel in seiner historisch-dialektischen Denkweise deutlich.² Das gilt auch und gerade für die Fragen des Friedens.

Unsere Zeit braucht deshalb einen breiten Diskurs, was heute getan werden muss. Dabei kritisieren wir nicht nur die Hochrüstung. Wir warnen auch davor, dass die Menschheit – selbst in Europa – »am Rande des Friedens« (Siegfried Lenz) lebt. Vieles ist unsicher geworden, neue Gefahren und Bedrohungen sind hinzugekommen, die ihre Ursache vor allem in der Globalisierung nicht nur der Märkte, sondern auch der Umweltgefahren haben. Die simple Antwort, die in der Politik und vielen Medien darauf gegeben wird, heißt »Mehr Geld für die Rüstung«. Aber gerade wer den Frieden will, muss die

zunehmende Militarisierung beenden und sich mit aller Kraft für eine Zivilisierung des internationalen Zusammenlebens und der vielfältigen ökonomischen, sozialen und ökologischen Konflikte einsetzen.

Abrüsten statt Aufrüsten, eine neue Entspannungspolitik jetzt! Andernfalls droht das 21. Jahrhundert zu einem Jahrhundert neuer Gewalt und erbitterter Verteilungskämpfe zu werden. In der globalen Epoche werden die Grenzen des Wachstums sichtbar, ökonomische, soziale sowie ökologische. Das sind keine starren Grenzen, aber es sind Grenzen, die für unser Leben essentiell sind, und die deshalb nicht überschritten werden dürfen. Im *Brundtland-Bericht* der Vereinten Nationen von 1987 heißt es dazu: »Die Erde wird zu einer verschmutzten, überbevölkerten, störanfälligen und ungleichen Einheit.«³ Als Konsequenz fordert der Bericht eine Wende hin zu einer nachhaltigen Entwicklung, in der wirtschaftlich-technische Innovationskraft mit sozialer Gerechtigkeit, ökologischer Verträglichkeit und mehr Demokratie eng miteinander verbunden ist.

Dass der Frieden in erster Linie eine politische und gesellschaftliche Gestaltungsaufgabe ist, zeigt auch ein Blick in die schmerzhaft europäische Geschichte. Heute heißt die Lehre daraus: Nachhaltigkeit muss zur Grundlage einer »Weltinnenpolitik«⁴ werden, lokal, national und international. Und diese Weltinnenpolitik braucht starke Zivilgesellschaften. Andernfalls gerät die liberale Demokratie immer stärker unter den Druck, wie der sich ausbreitende Nationalismus und der aufkochende Fundamentalismus zeigen.

Die Europäer hätten nach 1990, nach dem Ende des zweigeteilten Europas, vorangehen müssen, um die Friedensdividende zu nutzen. Diese Zeit war ein »Rendezvous mit dem Schicksal«, wie US-Präsident Franklin D. Roosevelt derartige historische Schlüsselsituationen nannte. Doch das Rendezvous wurde verpatzt. Zwar erhob die *Charta von Paris für ein neues Europa*, die 1990 auf einem KSZE-Sondergipfel in Paris von 32 europäischen Staaten sowie den USA und Kanada unterschrieben wurde, den vertraglichen Anspruch, in Europa dauerhaft Frieden zu schaffen, die Spaltung zu beenden und Menschenrechte und Grundfreiheiten einzuhalten.⁵ Aber statt zu einer dauerhaften gesamteuropäischen Sicherheit zu kommen, wurde der Zusammenbruch der sozialistischen Staatengemeinschaft als »Sieg« gefeiert.

»Das Risiko, dass Atomwaffen tatsächlich eingesetzt werden, ist heute größer als für eine sehr lange Zeit. Passivität ist keine Option.«

Margot Wallström, schwedische Außenministerin

Die ungelösten Fragen im Verhältnis zu Russland wurden lange Zeit ignoriert oder unterschätzt. Das Säbelrasseln wurde lauter, bis der Konflikt mit der »Orangen Revolution« in der Ukraine offen ausbrach. Seit den Protesten in Kiew ist der Kalte Krieg zurück, alte Konfliktlinien sind wieder da, die Konfrontation nimmt zu. Zahlreiche militärische Konflikte behielten den Charakter von Stellvertreterkriegen und haben schlimme Folgen, wie der unfassbar grausame Krieg in Syrien zeigt.

Die Welt verändert sich, sie wird immer mehr zu einer zerbrechlichen Einheit, aber verändert sich auch die Politik? Warum werden wichtige UNO-Beschlüsse wie die Agenda 2030 mit den siebzehn Nachhaltigkeitszielen oder das Ziel des Pariser Klimavertrages noch immer vernachlässigt, auch in der Europäischen Union? Das Ungleichgewicht in den Ausgaben für Krisenprävention und Konfliktvermeidung zu denen für das Militär wird immer größer. Die internationale Politik bleibt in den alten Denkmustern offenbar gefangen. Welche Zukunft hat die NATO, das stärkste Militärbündnis der Welt? NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg sagte kürzlich: »Die Konfrontation zwischen NATO und Warschauer Pakt war zwar sehr gefährlich, aber gleichzeitig auch sehr vorhersagbar.«⁶ Was wird passieren, wenn es keine klaren politischen Vorgaben für Abrüstung und Rüstungskontrolle gibt?

Weil die Politik es nicht schafft oder nicht schaffen will, ist eine starke Friedensbewegung notwendig – bei uns, in Europa und weltweit. In den vergangenen Jahrzehnten hat sie auf beiden Seiten der früheren innerdeutschen Grenze viel Mut und Weitsicht bewiesen. Und das war gut für unser Land und für Europa. Die enge Zusammenarbeit mit Gewerkschaften, sozialen Organisationen und der Umweltbewegung hat in den Achtzigerjahren in Deutschland eine Kultur des Friedens geschaffen.

Die ist auch heute notwendig, nicht nur wegen des neuen Kalten

Krieges, sondern weil wir auch vom anthropogenen Klimawandel, von dem Überschreiten planetarischer Grenzen und von der Zuspitzung sozialer Ungleichgewichte bedroht sind. Auch das ist das Produkt eines überholten Denkens und egoistischer Interessen, die die Folgen des Handelns oder Nichthandelns »externalisieren«⁷, also auf die Natur, auf Arme und auf künftige Generationen abwälzen. Damit gerät das bisherige Modell des nationalen Wohlfahrtsstaats, das zum inneren Frieden beigetragen hat, an sozial-ökologische Grenzen. Der »Fahrstuhl« funktioniert immer weniger.

Wir verstehen »Abrüsten statt Aufrüsten« und »Für eine neue Entspannungspolitik jetzt!« als Aufforderung zu einer überfälligen öffentlichen Debatte über Frieden und Sicherheit. Wir sind überzeugt, dass unsere Zeit die Prinzipien der Demokratie, Nachhaltigkeit und Gemeinsamkeit stärken muss, die in den Berichten der Unabhängigen UN-Kommissionen definiert wurden: Gemeinsame Sicherheit, Gemeinsames Überleben und Gemeinsame Zukunft.

Die Suche nach gemeinsamer Sicherheit gehört deshalb ins Zentrum vor allem europäischer Politik, nicht nur weil uns alte und neue globale Gefahren bedrohen, sondern auch weil die Politik Donald Trumps einer zerstörerischen Achterbahnfahrt gleicht. Trump kommandiert die Partner wie Untergebene herum und erpresst sie zu höheren Rüstungsausgaben. Er sieht die EU-Staaten nicht als gleichberechtigt an. Dennoch nimmt sogar in Europa eine Anpassung an den »Trumpismus« zu, auch in unserem Land. Nicht nur die USA, auch die Westeuropäer scheinen verlernt zu haben, das offene Gespräch mit Russland, dem wichtigsten Nachbarn im Osten, der ein Teil der gemeinsamen europäischen Geschichte ist, zu führen. Die Friedensbewegung muss dagegenhalten, zusammen mit dem »anderen Amerika«, das den autoritären und ignoranten Kurs im Weißen Haus stoppen will.

»Die Hoffnung, dass das Ende des Kalten Krieges ein Zeitalter der Entspannung einläuten würde, hat sich als Illusion erwiesen. Das Risiko von militärischen Auseinandersetzungen ist so groß wie seit 1989 nicht mehr. Rund um den Globus toben mehr als dreißig Kriege und bewaffnete Konflikte. Umso wichtiger ist der Einsatz für Frieden, Demokratie und Freiheit – von Gewerkschaften, aber auch von Parteien und Zivilgesellschaft. »Abrüsten statt Aufrüsten« – das ist das Gebot der Stunde. Europa, und an vorderster Stelle Deutschland, kommt dabei eine Vorreiterrolle zu. Europa wurde als Projekt des Friedens und des sozialen Fortschritts gegründet.«

Reiner Hoffmann, Vorsitzender des DGB

An dieser Weggabelung geht es entweder um Militarisierung oder Zivilisierung der Zukunft. Obwohl dieser Umbruch noch schwer überschaubar ist, auch weil seine Tragweite noch unzureichend erkannt ist, steht fest: Wir brauchen Systeme der kollektiven Sicherheit, die nicht nur militärische Macht kontrollieren, was schon aufgrund der Geschwindigkeit und Vernichtungskraft moderner Waffensysteme notwendig ist, sondern die auch wegen der heraufziehenden weltwirtschaftlichen Rezession, sich zuspitzender sozialer Ungleichgewichte, globaler ökologischer Gefahren und ungelöster kultureller Konflikte aufkeimende Gewalt einzudämmen vermögen.

In den letzten beiden Jahrzehnten wurden die Chancen für die Verständigung im europäischen Haus nicht genutzt, zumindest erst sehr spät als Handlungsfeld erkannt.⁸ Stattdessen schreitet die Militarisierung voran: Mehr Geld für die Rüstung und für neue Waffensysteme, Ende der Rüstungskontrolle und Abrüstung. Zwischen Russland, der Europäischen Union und der NATO verfestigen sich die Spannungen. Entlang der 1 300 Kilometer langen Grenze zu Weißrussland/Russland nimmt auf beiden Seiten die konventionelle Aufrüstung zu. Immer häufiger werden Manöver und Alarmübungen zu Provokationen militärischer Stärke, zuletzt mit »Anakonda 16«, dem größten NATO-Aufmarsch überhaupt. Eine wechselseitige Eskalationsdynamik trug zum militärischen Konflikt in der Ukraine bei – mit der Folge einer

Angliederung der Krim an Russland. Der Krieg hat bereits mehr als 10 000 Opfer zu beklagen – mitten in Europa.

»Wir wollen mehr Geld für friedliche Maßnahmen in den Bereichen der Bildung, der Gesundheit, der Kinder- und Altenpflege, und weniger Geld für die Zerstörung, geschweige denn für das Leasing von unbemannten Kampfdrohnen oder Killerroboter, die heutzutage technologisch möglich sind.«

Sharan Burrow, Generalsekretärin Internationaler Gewerkschaftsbund

Hinzu kommen neue Formen der Gewalt: Terrorismus, organisierte Kriminalität und die »fünfte Dimension der Kriegsführung« mit Hilfe der Digitalisierung technischer Prozesse. Aus der dunklen Gegenwelt des Digitalen kommt die Gespenster des »Cyberkriegs« und der »Cyberattacken«. Mit Hilfe kaum überschaubarer Netzwerke wird ein Missbrauch möglich, der als Begründung herhält, noch mehr Geld in die Militärhaushalte zu pumpen.

Krieg ist kein Schicksal und keine Naturgewalt, sondern hat immer eine Vorgeschichte, die wir hinnehmen oder verändern können. Die Verhinderung von Krieg und Gewalt ist eine politische und gesellschaftliche Aufgabe und auch eine kulturelle, soziale und ökologische Herausforderung.

Wir müssen deshalb den Begriff des Friedens weiter fassen, zumal wir Mitwisser und Mittäter dessen sind, was auf unserem Planeten passiert. Die große Migration aus Armut-, Krisen- und Konfliktgebieten hat schon begonnen. Mit der Globalisierung der Umwelt- und Naturzerstörungen stehen wir vor neuen Herausforderungen wie den Folgen des Klimawandels, dem Kampf um knappe Ressourcen oder dem Zusammenbruch ganzer landwirtschaftlicher Systeme. Mit der Erderwärmung und Naturzerstörung verstärken sich die sozialen Ungleichheiten. Zeitlich und räumlich sind die Auswirkungen der ökologischen Krise nämlich äußerst ungerecht verteilt. Wüstenzonen, tief liegende Inseln und Küstengebiete oder bevölkerungsreiche Flussdeltas sind viel stärker betroffen als die Länder des globalen Nordens, zumal sie sich in der Regel kaum schützen können. Der Ruf

nach Anpassung an den Klimawandel ist in vielen armen Weltregionen eine realitätsferne Forderung.

»Hundert Jahre ist es her, dass mit dem Waffenstillstand von Compiègne der Erste Weltkrieg zu Ende ging. Aus heutiger Sicht sehen wir auch, wie daraus spätere Kriege, zum Beispiel im Nahen Osten, und Nationalismen, zum Beispiel in Europa, genährt wurden und werden. Jetzt stehen wir vor einer neuen Aufrüstungswelle. Diesen Gruppendruck zur Aufrüstung, der in der Nato herrscht, darf die Bundesregierung nicht übernehmen.«

Wiltrud Rösch-Metzler, Pax Christi

Dabei sehen wir schon heute fast täglich die Bilder über das Elend wuchernder Armutsviertel und riesiger Slums, sich ausbreitende Zonen des Hungers und eine wachsende Zahl von Flüchtlingen, die ihre Heimat verloren haben. Aus anhaltendem Bevölkerungswachstum, insbesondere in Afrika, modularem Hyperkonsum und nachholender Industrialisierung, Öl- und Wasserpeaks und wachsender Ungleichheit in den Lebenschancen können schon in wenigen Jahrzehnten negative Synergien erwachsen, deren Folgen jenseits unserer Vorstellungskraft liegen. Die Spaltung der Welt wird tiefer.

Der Fetisch der Aufrüstung

Wenn höchste Repräsentanten unseres Staates fordern, »Deutschland muss mehr Verantwortung übernehmen«, dann meinen sie damit meist, dass die Militärausgaben drastisch gesteigert werden müssen. Die Grundlage ist der rechtlich nicht verbindliche, aber von den Regierungen der NATO-Staaten akzeptierte Beschluss, die Ausgaben auf jährlich mindestens zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu erhöhen, ein Fetisch, der keinen inhaltlich begründeten Bezug zu einer zeitgemäßen Sicherheits- und Entspannungspolitik hat. Der frühere *ZEIT*-Chefredakteur und Außenpolitik-Experte Theo Sommer nennt dies eine »Milchmädchenrechnung«.

Nahezu alle NATO-Staaten rüsten ihre Armeen mit der Behauptung

auf, mehr Waffen ermöglichten mehr Sicherheit. US-Präsident Trump, der bei der Menschheitsfrage Klimaschutz internationale Vereinbarungen mit penetranter Sturheit ignoriert, verfolgt seit Mai 2017 das Ziel, die Rüstungsausgaben in den NATO-Bündnisstaaten auf zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu erhöhen, mit einer Robustheit, die alle Befürchtungen übertrifft: »23 von 29 NATO-Ländern zahlen immer noch nicht, was sie zahlen sollten«. Die säumigen Zahler seien der NATO »eine ungeheure Menge Geld schuldig«.

Würde das Zwei-Prozent-Ziel erfüllt, stiege der Verteidigungsetat in unserem Land auf bis zu neunzig Milliarden US-Dollar. Nach heutigem Stand würde Deutschland hinter USA, China und Saudi-Arabien auf den vierten Platz der Militärausgaben vorrücken, noch weit vor den Atommächten Frankreich und Großbritannien – und auch vor Russland. Trump will noch mehr. Er fordert »mindestens« zwei Prozent des BIP für den Militäretat, zuletzt sprach er sogar davon, vier Prozent anzustreben. In der Folge der NATO-Aufrüstung wird es weltweit zu einer erheblichen Steigerung der Militärausgaben kommen. Geld, das in wichtigen Bereichen fehlen würde, die für den Frieden eine zentrale Bedeutung haben.

Deutsche Verantwortung heißt, den Irrsinn der Aufrüstung stoppen. Die enorme Steigerung der Rüstungsausgaben blockiert längst überfällige Reformen, die für den Frieden wichtig sind. Unsere Zeit braucht aber dringend eine sozial-ökologische Transformation. Sie erfordert die Zivilisierung von Gewalt, die für Konflikte und Kriege ausschlaggebend ist.

Si vis pacem, para pacem!

Wer den Frieden will, muss sich für den Frieden einsetzen: Der Frieden ist in der globalen Welt eine Frage einer Weltinnenpolitik, deren Leitidee die sozial-ökologische Transformation zur Nachhaltigkeit ist. Notwendig ist eine breite Debatte, welche Schritte notwendig für mehr Sicherheit, Frieden und Entspannung notwendig sind.

Die Vereinten Nationen haben in der *Agenda 2030* dafür siebzehn Nachhaltigkeitszielen (Sustainable Development Goals) aufgezeigt.⁹ Abrüstung und Frieden sind Voraussetzung und Konsequenz der Maßnahmen. Deutschland und die Europäische Union müssen sich in diesem Sinne als Friedenskraft profilieren, nach innen wie nach außen.

Die Tragik unserer Zeit ist nämlich, dass die Menschheit zwar über einzigartige technische, ökonomische und kulturelle Möglichkeiten verfügt, um allen ein gutes Leben in einer »Welt ohne Mangel und Überfluss« (Erich Fromm) garantieren zu können. Diese Möglichkeiten werden jedoch nicht genutzt, denn unsere Welt ist geprägt von Egoismus und Profitgier, von Kurzsichtigkeit und Raubbau. Abrüstung ist ein Gebot der Stunde, auch um mehr Finanzmittel in die sozial-ökologische Transformation zu lenken. Dabei geht es um viel Geld, das an anderer Stelle dringend gebraucht würde – zum Beispiel für den Klimaschutz, für mehr Bildung oder für die Entwicklungszusammenarbeit und nicht zuletzt für die überfällige Modernisierung der Infrastruktur und die Verbesserung des öffentlichen Wohnungsbaus.

Deshalb sagen wir: »Abrüsten statt Aufrüsten – neue Entspannungspolitik jetzt!« Um sie zu ringen, auch zu streiten, das ist nicht aus der Zeit gefallen, sondern ein Gebot der Vernunft. Umso wichtiger ist eine starke Friedensbewegung, die breite gesellschaftliche Bündnisse eingeht und sich für eine Friedensmacht Europa einsetzt. Denn auch die EU ist an Gewalt beteiligt, sogar an kriegerischen Auseinandersetzungen. Auch sie treibt die Militarisierung der internationalen Beziehungen mit voran. Doch richtig ist auch: Ohne eine gesamteuropäische Politik, die auf eine echte Sicherheitspartnerschaft zielt, wird Europa immer mehr an Bedeutung verlieren.

»Statt aber Friedensmissionen, Freiwillige, Mediationsexpert*innen zu entsenden, drängt US-Präsident Trump darauf, dass die NATO-Mitgliedstaaten ihre Militärausgaben auf zwei Prozent des Bruttozialprodukts erhöhen. Der Anteil der Verteidigungsausgaben am Bruttoinlandsprodukt liegt in Deutschland bei 1,2 Prozent, das sind 36 Milliarden Euro. Erwartet werden also mehr als siebenzig Milliarden Euro. Wollen wir das?«

Margot Käßmann, Theologin

Unser Ziel ist eine solidarische Weltinnenpolitik. Die Frage ist, wie sich Deutschland und die EU dafür engagieren. Ob sie den Status Quo nur zu verteidigen suchen und sich der überfälligen sozial-ökologischen Transformation widersetzen. Oder ob das »europäische

Modell« wieder zu einem Vorbild für die Entwicklung auf unserem Planeten werden soll.

Natürlich trifft eine Friedens- und Entspannungspolitik heute auf andere Bedingungen und Akteure als in der »alten«, zwischen Ost und West geteilten Welt, sowohl in den staatlichen und zivilgesellschaftlichen Strukturen als auch in den politischen und wirtschaftlichen Kräfteverhältnissen. Hinzu kommen die sozialen und ökologischen Herausforderungen der globalen Welt. Um das Erbe des europäischen Zivilisationsmodells zu bewahren und weiterzuentwickeln, gelten zentrale Grundprinzipien der Entspannungspolitik noch immer, vor allem Friedenswille, Kooperationsbereitschaft, Dialog, Vertrauen, Abrüstung und Entwicklung im gemeinsamen Interesse der Staaten und Völker.

Aufrufe zu Abrüstung und Entspannung

Wir müssen die Fixierung auf militärische Denkweisen durch Verhandlungen überwinden und durch kalkulierte einseitige Schritte eine Abrüstungsspirale in Gang setzen. Dazu heißt es in der Koalitionsvereinbarung von Union und SPD: »Die gemeinsame europäischen Außenpolitik ... muss dem Prinzip eines Vorrangs des Politischen vor dem Militärischen folgen und auf Friedenssicherung, Entspannung und zivile Krisenprävention ausgerichtet sein.«¹⁰ Nehmen wir sie beim Wort:

Abrüsten statt Aufrüsten

Die Bundesregierung plant, die Rüstungsausgaben nahezu zu verdoppeln, auf zwei Prozent der deutschen Wirtschaftsleistung. So wurde es in der NATO vereinbart.

Zwei Prozent, das sind mindestens weitere dreißig Milliarden Euro, die im zivilen Bereich fehlen, so bei Schulen und Kitas, sozialem Wohnungsbau, Krankenhäusern, öffentlichem Nahverkehr, Kommunaler Infrastruktur, Alterssicherung, ökologischem Umbau, Klimagerechtigkeit und internationaler Hilfe zur Selbsthilfe.

Auch sicherheitspolitisch bringt eine Debatte nichts, die zusätzlich Unsummen für die militärische Aufrüstung fordert. Stattdessen

brauchen wir mehr Mittel für Konfliktprävention als Hauptziel der Außen- und Entwicklungspolitik.

Militär löst keine Probleme. Schluss damit. Eine andere Politik muss her.

Damit wollen wir anfangen: Militärische Aufrüstung stoppen, Spannungen abbauen, gegenseitiges Vertrauen aufbauen, Perspektiven für Entwicklung und soziale Sicherheit schaffen, Entspannungspolitik auch mit Russland, verhandeln und abrüsten.

Diese Einsichten werden wir überall in unserer Gesellschaft verbreiten. Damit wollen wir helfen, einen neuen Kalten Krieg abzuwenden.

Keine Erhöhung der Rüstungsausgaben – Abrüsten ist das Gebot der Stunde!¹¹

Der zweite Aufruf fordert eine neue Friedens- und Entspannungspolitik, um den politischen Gestaltungsraum zurückzuerobern:

Erstunterzeichner

Franz Alt, Schriftsteller | **Dr. Wolfgang Biermann**, Initiative neue Entspannungspolitik JETZT! | **Dieter Maschine Birr**, (Ex Puhdys), Musiker | **Roland Blach**, DFG-VK, Kampagne »Büchel ist überall! atomwaffenfrei.jetzt« | **Prof. Dr. Ulrich Brand**, Politikwissenschaftler, Institut Solidarische Moderne | **Prof. Dr. Peter Brandt**, Historiker, Initiative Neue Entspannungspolitik JETZT! | **Reiner Braun**, Präsident International Peace Bureau (IPB) | **Frank Bsirske**, Vorsitzender von ver.di | **Christine Buchholz**, MdB DIE LINKE. | **Marco Bülow**, MdB | **Annelie Buntenbach**, Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstandes des DGB | **Prof. Dr. Paul J. Crutzen**, Atmospheric Chemistry and Climate Research, Nobel Laureate 1995 | **Daniela Dahn**, Schriftstellerin | **Das Rilke Projekt (Schönherz & Fleer)**, Erfolgreichstes Deutsches Lyrikprojekt | **Renan Demirkan**, Schauspielerin, Autorin | **Prof. Dr. Klaus Dörre**, Soziologe | **Michael Erhardt**, Erster Bevollmächtigter der IG Metall Frankfurt | **Ute Finckh-Krämer**, MdB (2013–2017) SPD | **Peter Freudenthaler**, **Volker Hinkel**, Fools Garden | **Ulrich Frey**, Initiative Neue Entspannungspolitik Jetzt! | **Thomas**

Gebauer, Geschäftsführer von medico international | **Wolfgang Gehrcke**, DIE LINKE. | **Stephan Gorol**, Kulturmanagement | **Dr. Rolf Gössner**, Vorstandsmitglied internationale Liga für Menschenrechte | **Prof. Dr. Ulrich Gottstein**, IPPNW Gründungs- und Ehrenvorstandsmitglied | **Susanne Grabenhorst**, stellv. Vorsitzende IPPNW Deutschland | **Jürgen Grässlin**, Bundessprecher der DFG-VK | **Hermann Josef Hack**, Bildender Künstler | **Uwe Hassbecker**, Musiker (Silly) | **Prof. Dr. Frigga Haug**, Soziologin | **Uwe Hiksich**, Bundesvorstand NaturFreunde Deutschlands | **Reiner Hoffmann**, DGB-Vorsitzender | **Philipp Ingenleuf**, Netzwerk Friedenskooperative | **Otto Jäckel**, Vorsitzender IALANA Deutschland | **Kristine Karch**, Co-Chair International Network No to War – No to NATO | **Margot Käßmann**, Theologin | **Katja Keul**, MdB Bündnis90/die Grünen | **Katja Kipping**, MdB, Vorsitzende DIE LINKE. | **Toni Krahl**, Musiker (CITY) | **Sabine Leidig**, MdB DIE LINKE. | **Wolfgang Lemb**, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied IG Metall | **Sarah Lesch**, Liedermacherin | **Udo Lindenberg**, Musiker | **Anna Loos**, Schauspielerin, Sängerin (Silly) | **Pascal Luig**, Co-Sprecher »Kooperation für den Frieden« | **Jürgen Maier**, Forum Umwelt und Entwicklung | **Prof. Dr. Mohssen Massarrat**, Politikwissenschaftler | **Hilde Mattheis**, MdB SPD | **Birgitta Meier**, Friedensmuseum Nürnberg | **Prof. Dr. Thomas Meyer**, stellv. Vorsitzender der SPD-Grundwertekommission | **Matthias Miersch**, MdB, Sprecher der Parlamentarischen Linken in der SPD-Bundestagsfraktion | **Prof. Dr. Maria Mies**, Soziologin | **Michael Müller**, Vorsitzender NaturFreunde Deutschlands, ehem. Staatssekretär im Umweltministerium | **Julia Neigel**, Sängerin, Songwriterin | **Prof. Dr. Kai Niebert**, Präsident des Deutschen Naturschutzringes | **Wolfgang Niedecken**, Musiker (BAP), Maler, Autor | **Prof. Dr. Norman Paech**, Völkerrechtler | **Alexis Pasadakis**, Attac Deutschland | **Anne Rieger**, Bundesausschuss Friedensratschlag | **Clemens Ronnefeldt**, Referent für Friedensfragen beim deutschen Zweig des Internationalen Versöhnungsbundes | **Alex Rosen**, Vorsitzender IPPNW Deutschland | **Michaela Rosenberger**, Vorsitzende der Gewerkschaft Nahrung Genuss Gaststätten (NGG) | **Rene Röspel**, MdB SPD | **Prof. Dr. Werner Ruf**, Politikwissenschaftler, | **Prof. Dr. Jürgen Scheffran**, Vorsitzender International Network of Engineers and Scientists for Global Responsibility | **Dr. Ute Scheub**, Autorin | **Heide Schütz**, Vorsitzende Frauennetzwerk für Frieden |